

Marcus Scheiblecker, Felix Butschek

100 Jahre Republik Österreich

Nach bitteren Jahren folgte Aufholprozess zu höchstem Wohlstand

100 Jahre Republik Österreich. Nach bitteren Jahren folgte Aufholprozess zu höchstem Wohlstand

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde im November 1918 die Erste Republik ausgerufen. Den bitteren Nachkriegsjahren folgte bald eine Weltwirtschaftskrise, welche in Kriegsvorbereitungen für den Zweiten Weltkrieg mündete. Nach seinem Ende lag die heimische Wirtschaft erneut darnieder. Im Anschluss an die Wiederaufbauarbeiten setzte eine erstaunliche Aufholdynamik ein. Heutzutage zählt Österreich zu einem der reichsten Länder der Welt.

Republic of Austria Celebrates its 100th Anniversary. After Hard Post-war Years a Catching-up Process set in Leading to an Impressive Growth of Income

The First Republic of Austria was proclaimed in November 1918. The hard years following the end of World War I produced an economic crisis on a global scale which prepared the ground for World War II. After the war had ended, the Austrian economy was once again in desperate straights. Reconstruction spawned an amazingly dynamic catching-up process. Today, Austria is among the richest countries in the world.

Kontakt:

Mag. Dr. Marcus Scheiblecker: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, marcus.scheiblecker@wifo.ac.at

Univ.-Doz. Dr. Felix Butschek: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, felix.butschek@wifo.ac.at

JEL-Codes: B00 • **Keywords:** Wirtschaftsgeschichte, Österreich, Nachkriegswirtschaft

Begutachtung: Ewald Walterskirchen • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at)

2018 jährt sich die Gründung der Ersten Republik Österreich zum 100. Mal. Die Lage der österreichischen Wirtschaft war in den ersten Jahren nach der Ausrufung der Republik Österreich 1918 denkbar schlecht. Nicht nur waren im Ersten Weltkrieg die Produktionsinfrastruktur schwer beschädigt und die Bevölkerung dezimiert worden, durch das Auseinanderbrechen der Monarchie waren auch wichtige Märkte verloren gegangen (ökonomische Desintegration).

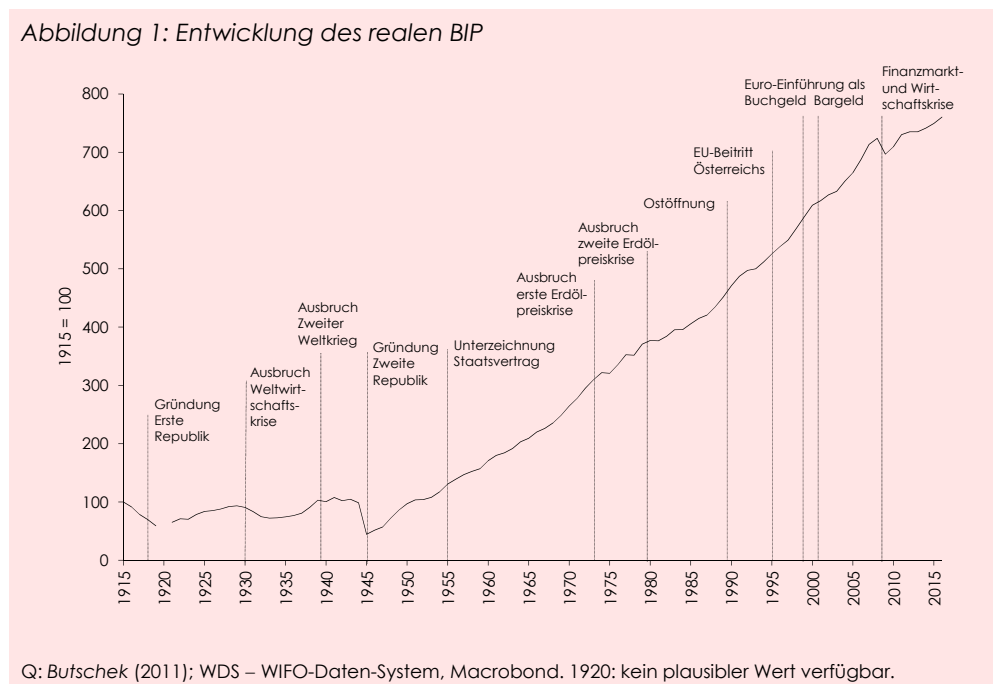
In den ersten Jahren war das Wachstum von Reparaturmaßnahmen geprägt. Es folgten lediglich ein paar Jahre der wirtschaftlichen Ruhe, bis die Weltwirtschaftskrise auch Österreich erfasste: Die Wirtschaft schrumpfte nach 1929 vier Jahre in Folge, und 1933 lag die gesamtwirtschaftliche Produktion um ein Viertel unter dem Niveau von 1929, etwa auf dem Niveau des Jahres 1922. Nach Überwindung der Depression setzte ein eher träger Aufholprozess zum Produktionsniveau vor der Depression ein. Eine kräftigere Steigerung des BIP war erst mit der militärischen Aufrüstung ab 1938 zu verzeichnen.

Der Zweite Weltkrieg vernichtete neuerlich große Teile des Kapitalstockes und kostete schwere menschliche Verluste. In der ersten Nachkriegszeit setzten bereits Reparaturarbeiten ein, denen – anders als nach dem Ersten Weltkrieg – ein beispielloser Aufholprozess folgte. Hier spielten die großzügige Hilfe der USA wie auch der hohe soziale Friede – wie er in der österreichischen Sozialpartnerschaft zum Ausdruck kam – eine wichtige Rolle. Die Arbeitslosenquote fiel zwischen 1953 und 1962 von 8,7% auf 2,7%.

Die heimische Wirtschaft entwickelte sich seither im internationalen Vergleich überaus erfolgreich. Zwar wurde die Dynamik mehrmals durch Rezessionen unterbrochen, etwa die beiden Erdölpreiskrisen; eine Reihe von Integrationsschritten verliehen aber der heimischen Wirtschaftsentwicklung und insbesondere der Industrie weiteren Schwung: Nach der Ostöffnung, von der vor allem Österreich aufgrund seiner geographischen Nähe und seiner historisch engen Beziehungen zu diesem neuen Wirtschaftsraum profitierte, waren der EU-Beitritt Österreichs, die Einführung des Euro

als gemeinsame Währung und die Osterweiterung der EU weitere Glieder einer Kette von Integrationschritten.

Abbildung 1: Entwicklung des realen BIP



Dieses langanhaltende dynamische Wachstum ging mit einer beträchtlichen Wohlstandssteigerung der heimischen Bevölkerung einher. Hatte ein Facharbeiter in der Metallindustrie 1918 noch knapp drei Stunden arbeiten müssen, um 1 kg Brot auf dem freien Markt kaufen zu können, so waren 2017 dafür nur mehr 11 Minuten erforderlich. 2017 erforderte der Kauf von 100 kWh Strom eine Facharbeiterarbeitszeit von etwa einer Stunde, 1953 hatte man etwa siebenmal so lange dafür arbeiten müssen¹⁾.

Heute ist die österreichische Wirtschaft gut positioniert. Sie wuchs nach ersten Berechnungen 2017 um 3% und sollte 2018 eine ähnliche Dynamik aufweisen. Allerdings erfordert die Bewältigung der künftigen Herausforderungen zahlreiche Strukturanpassungen, von denen es abhängen wird, ob Österreich seinen Erfolgsweg fortsetzen wird können.

1. Politischer und ökonomischer Zusammenbruch nach dem Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg und der Zerfall der Monarchie hatten einen tiefen Einbruch der Wirtschaftsleistung des heutigen Bundesgebietes zur Folge. Bis 1914 hatte das Einkommensniveau der Region etwa dem Durchschnitt Mitteleuropas entsprochen, nun sank es unter diese Marke. Die Produktion war vermutlich weniger als halb so hoch wie 1913. Die noch anhaltende Kriegsinflation hatte nicht nur einen großen Teil des Vermögens vernichtet, sondern erschwerte auch die finanzielle Disposition der Unternehmen.

Dafür waren zunächst die Schäden des Krieges selbst maßgebend. Die Produktion musste erst allmählich wieder von der Rüstungsindustrie hin zur Investitions- und Konsumgüterindustrie umgestellt werden. Zudem wurden während des Krieges Erhaltungsinvestitionen vernachlässigt und die bestehende Infrastruktur, wie etwa das Transportsystem, übermäßig in Anspruch genommen. Als entscheidend jedoch erwies sich, dass die Lebensmittelversorgung gegen Kriegsende zusammenbrach und die Bevölkerung an den Rand des Hungertodes geriet.

¹⁾ Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Noch nachhaltiger wirkte sich der Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie aus. Diese frühere europäische Großmacht mit über 50 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern, welche trotz der Autonomie beider Teilstaaten als eine wirtschaftlich geschlossene Region bezeichnet werden konnte, zerfiel in mehrere mittelgroße Länder, welche bestrebt waren, sich von Wien rasch und entschieden abzulösen.

Neben der ökonomischen Zäsur vollzogen sich in der jungen Republik vor allem in der Sozialstruktur dramatische Veränderungen. Wenngleich der Einfluss des Adels in den letzten Jahrzehnten der Monarchie nicht überschätzt werden sollte, blieb diese zumindest atmosphärisch ein Feudalstaat. Aristokratie und Großbürgertum prägten die Gesellschaft, die Arbeiterschaft blieb trotz ihrer ständig wachsenden politischen Stärke eher am Rand der Geschehnisse. Daran änderte sich auch während des Ersten Weltkrieges noch nichts Entscheidendes.

Diese Gegebenheiten wandelten sich nach Kriegsende radikal. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) erlangte bei den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 mit 41% der Stimmen die relative Mehrheit. Sie bildete zusammen mit den Christlichsozialen Parteien, auf die 36% der Stimmen entfielen, eine Koalitionsregierung, in der sie Schlüsselressorts wie den Staatskanzler (Karl Renner), den Außen- (Otto Bauer) und den Heeresminister (Julius Deutsch) innehatte und eine Fülle ihrer Vorhaben verwirklichen konnte.

Zugleich war eine massive Verarmung des Bürgertums zu verzeichnen. Sie resultierte nicht nur aus der Stagnation der Einkommen im öffentlichen Dienst während des Krieges, sondern auch aus dem Rückstrom vieler deutschsprachiger Beamter und Offiziere aus den Nachfolgestaaten. Überdies hatte die Geldentwertung das Vermögen des Bürgertums, das großteils in festverzinslichen Wertpapieren angelegt worden war, vernichtet.

Aufgrund der regionalen ökonomischen Disparitäten ebenso wie der natürlichen Standortvoraussetzungen hatte die Wirtschaft des heutigen Bundesgebietes Industriegüter und Dienstleistungen in die anderen Länder der Monarchie exportiert, hingegen Nahrungsmittel und Brennstoffe von dort eingeführt. Diese damals innerstaatlichen Waren- und Leistungsströme wurden nach Kriegsende zu solchen des Außenhandels, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur in äußerst beschränktem Maß zustande kam. Dafür waren sicher in den Teilen der Nachfolgestaaten auch Überlegungen maßgebend, die nationale Industrie auszubauen und gegen die Konkurrenz aus Österreich abzusichern (Rašín, 1923, S. 139, Walré de Bordes, 1924, S. 7). Bedeutsam für die Außenwirtschaftspolitik nach dem Krieg blieb aber wohl der Umstand, dass auch wirtschaftlich stabilere Regionen, wie etwa die Tschechoslowakei, unter kriegsbedingten Mangelercheinungen litten (März, 1981, S. 285).

Der Außenhandel vollzog sich daher zunächst fast ausschließlich in staatlich initiierten und realisierten Kompensationsgeschäften, welche bei weitem nicht ausreichten, um in Österreich den Mindestbedarf an Lebensmitteln und Energie zu decken. Sein Volumen erreichte 1924 vermutlich nur etwa die Hälfte des Wertes von 1913 (Layton – Rist, 1925, S. 27). Die österreichische Landwirtschaft, die vorwiegend für den persönlichen Bedarf produziert hatte, war nicht annähernd imstande, die fehlenden Nahrungsmittel zu liefern (Meihsl, 1961, S. 555), hatte sich ihre Produktion doch zwischen 1913 und 1919 halbiert.

Auch mittelfristig, also nach Abklingen der nachkriegsbedingten Anomalien, stellte sich grundsätzlich die Frage nach dem Leistungsbilanzgleichgewicht des neuen Staatskörpers. Die Errichtung der Zollbarrieren durch die Nachfolgestaaten bedeutete die Umkehrung der bisherigen Situation, welche durch einen weitgehend geschützten Markt charakterisiert gewesen war. Viele österreichische Großbetriebe konnten weder ihren Marktanteil in den Nachfolgestaaten halten noch auf neuen – westlichen – Märkten Fuß fassen. Dies galt etwa für den Lokomotivbau: Vier der fünf Lokomotivfabriken der Monarchie lagen im heutigen Bundesgebiet, in den 1930er-Jahren bestand nur mehr eine (Weber, 1995, S. 59).

Die österreichische Wirtschaftspolitik war sich dieser Problematik bewusst und gab das traditionell protektionistische Außenhandelsregime der Monarchie auf. Die frei-

Durch den Zerfall der Monarchie wurde ein Großteil des Binnenhandels zu Außenhandel.

1924 ging fast die Hälfte des österreichischen Exports in die MOEL und den Balkan, während Deutschland mit einem Exportanteil von nur 13,1% ein weniger bedeutender Außenhandelspartner war.

Österreichs Wirtschaft wurde vielfach als "lebensunfähig" angesehen.

händlerische Linie war freilich nur beschränkt erfolgreich, da der vergleichsweise niedrige österreichische Zolltarif von jenem der Nachfolgestaaten, aber auch von Deutschland um das Zwei- bis Dreifache übertroffen wurde (Hertz, 1947, S. 72).

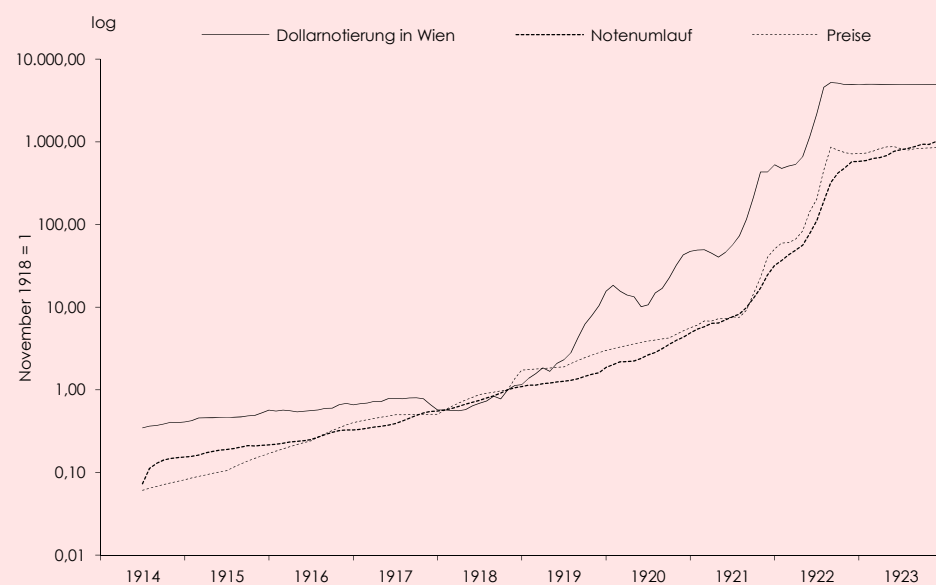
Trotz aller Handelshemmnisse blieb die wirtschaftliche Verflechtung Österreichs mit den Nachfolgestaaten, also der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Jugoslawien und Rumänien, besonders in der ersten Nachkriegszeit außerordentlich stark (Nautz, 1992, S. 122). 1924 gingen noch immer 46,3% der österreichischen Exporte in diese Ländergruppe und nur 13,1% nach Deutschland. Bis 1937 verlagerte sich zwar der Außenhandel stärker ins westliche Ausland; der Anteil der Nachfolgestaaten betrug aber noch immer 31,5% und unterstreicht damit die Bedeutung, welche diese Regionen nach wie vor für die österreichische Wirtschaft hatten (Butschek, 2011, S. 186).

Angesichts der tristen wirtschaftlichen Lage vertraten viele Politiker, aber auch Nationalökonomien die These von der "wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit" Österreichs: Die Wirtschaft des neuen Staates werde niemals in der Lage sein, die Leistungsbilanz auszugleichen, da sie in der Vergangenheit für die Monarchie lediglich Dienstleistungsfunktionen erfüllt habe, welchen nunmehr die Basis fehle (Stolper, 1920, S. 115). Diese Kräfte sahen als einzige Lösung dieses Problems den Anschluss Österreichs an Deutschland, welcher vom damaligen Staatssekretär für Äußeres, Otto Bauer, aber auch deshalb vehement verfolgt wurde, weil dies unter den gegebenen Umständen die Vereinigung mit einem von Sozialdemokraten regierten Staat bedeutet hätte.

Zu den wenigen Gegnern dieser Auffassung zählte Friedrich Hertz, welcher darauf hinwies – und diese Aussage quantitativ untermauerte –, dass das Bundesgebiet zu den hochindustrialisierten Teilen der Monarchie gehört habe (Hertz, 1921). Dieselbe Meinung vertrat Joseph Schumpeter.

Auf den dramatischen Hilferuf von Staatskanzler Karl Renner an die Alliierten, Wien vor dem Verhungern zu retten, reagierten diese durch Gründung eines "International Committee for Relief Credits", welches entsprechende Kredite zur Verfügung stellte und damit Lebensmittelankäufe in Gang setzte (Bachinger, 2001, S. 24). Dafür waren freilich nicht nur humanitäre Überlegungen, sondern auch außenpolitische Gründe maßgebend, denn die Westmächte fürchteten eine Ausbreitung des ungarischen Rätessystems auf Österreich. Insgesamt sollen Österreich 1919 und 1920 Waren im Wert von 26,7 Mio. Pfund zugeflossen sein (Walré de Bordes, 1924, S. 8).

Abbildung 2: Die Inflation 1914 bis 1923



Q: Walré de Bordes (1924).

Die zweite zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe der neuen Bundesregierung hätte darin bestanden, das interne Gleichgewicht der Volkswirtschaft herzustellen. Allerdings hatten sich nach Kriegsende die Bedingungen für entsprechendes wirtschaftspolitisches Handeln in keiner Weise verbessert.

Nach dem Wegfall der Kriegskosten wurde der Haushalt des neuen Staates nicht nur durch die Kosten der Arbeitslosenunterstützung, sondern auch durch umfangreiche Lebensmittelsubventionen belastet. Die großteils importierten Waren wurden rationiert und unter dem Weltmarktpreis an die Bevölkerung abgegeben.

Da zunächst auch beträchtliche Zahlungen für die Tilgung der Kriegsanleihen zu leisten waren, waren im Budgetjahr 1919/20 laut Rechnungsabschluss nur 13,6 Mrd. Kronen der Ausgaben von 17,8 Mrd. Kronen durch Einnahmen gedeckt. Die Fehlbeträge wurden nach wie vor im Prinzip durch Direktkredite der Notenbank gesichert. Deren Funktion hatte nunmehr eine eigene Abteilung der Österreichisch-Ungarischen Bank, nämlich die Österreichische Geschäftsführung übernommen. Damit waren die Voraussetzungen für die Fortsetzung, ja Beschleunigung der Kriegsinflation gegeben. Diese Entwicklung wurde zusätzlich durch eine starke Kapitalflucht sowie eine Spekulation gegen die Krone verschärft. Die Regierung führte zwar Devisenbewirtschaftung ein, jedoch funktionierte diese nur mangelhaft (März, 1981, S. 319).

In dieser Situation schien es nahezu unmöglich, eine energische Politik zur Konsolidierung des Staatshaushaltes zu betreiben (Borchardt, 1972). Eine Kürzung oder Streichung der Arbeitslosenunterstützung oder der Lebensmittelsubventionen hätte in der aufgeheizten Nachkriegsatmosphäre explosive Wirkung gehabt.

2. Sozialpolitische Gründerzeit

Bemerkenswerterweise wurde bereits nach 1918, trotz der fatalen wirtschaftlichen Lage, die Sozialgesetzgebung massiv ausgeweitet. Zu dieser Zeit wurde der Kern des noch heute gültigen österreichischen Arbeitsrechtes geschaffen. Diese Vorgangsweise entsprach einerseits den Zielvorstellungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welche auch den Staatssekretär im Staatsamt für soziale Fürsorge, Ferdinand Hanusch, stellte und wurde andererseits auch durch die latent revolutionäre politische Lage in manchen Nachbarländern nahegelegt (Hautmann, 1995, Tálos, 1995, S. 572). Auch die sozialdemokratischen Schöpfer dieser Gesetze waren sich über die Bedeutung der Sozialgesetzgebung zur Beruhigung der politischen Situation in dieser Zeit im Klaren. Gerade das Erste Sozialgesetz wurde eben durch die wirtschaftliche und politische Situation erzwungen: Weder konnten die heimischen Arbeitskräfte voll beschäftigt und noch weniger die Heimkehrer reibungslos in den Arbeitsprozess eingegliedert werden. Daher wurde mit Verordnung vom 6. November 1918 die Arbeitslosenunterstützung für alle Industriearbeiterinnen und Industriearbeiter und Angestellten eingeführt. Diese staatliche Leistung wurde im März 1920 in eine Arbeitslosenversicherung mit einem etwas eingeschränkten Versichertenkreis umgewandelt. Die Finanzierung erfolgte nunmehr durch Arbeitgeber, Beschäftigte und Staat.

In weiterer Folge wurde das alte sozialdemokratische Ziel des Achtstundentages realisiert – eine Neuerung, welche gleichfalls die wirtschaftliche Lage erleichterte, weil die Arbeitskräfte durch die Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit derart geschwächt waren, dass eine längere Arbeitszeit kaum eine höhere Produktion ermöglicht hätte. Das Arbeiterurlaubsgesetz brachte für die Arbeiterschaft den Anspruch auf eine Woche und nach fünf Jahren Betriebszugehörigkeit zwei Wochen Urlaub. Allgemein wurde die Position der Unselbständigen in der Wirtschaft durch die Regelung des Kollektivvertragsrechtes sowie schließlich durch die Schaffung von Betriebsräten gestärkt. Ein wichtiges Element dieser "sozialpolitischen Gründerzeit" bildete die Schaffung der Arbeiterkammern. Die Durchführung vieler dieser Maßnahmen beriet man in einer gemischten Kommission – der "Industriekonferenz", welche aus Vertretern der Gewerkschaften und der Industriellenvereinigung bestand und als Vorläufer der späteren Paritätischen Kommission betrachtet werden kann (März, 1981, S. 305).

Zum Bereich sozialpolitischer Reformen gehört auch das Ende 1922 beschlossene Mietengesetz. Seit Jänner 1917 war es den Hauseigentümern verwehrt, für die Kriegs-

1920 wurden der Achtstundentag und ein zweiwöchiger Urlaubsanspruch eingeführt.

zeit die Höhe des Mietzinses zu verändern und Mieterinnen und Mieter zu kündigen. Diese Einschränkungen wurden nunmehr gesetzlich perpetuiert und bestimmen den österreichischen Wohnungsmarkt noch bis in die Gegenwart in hohem Maß.

Auch in der Lohnpolitik gelang es den Gewerkschaften in dieser revolutionsträchtigen Situation, die Einkommensverteilung zugunsten der Unselbständigen zu verändern. Zwar liegen Daten dafür erst ab 1924 vor, doch dürften die Grundlagen für diese Verschiebung gleichfalls in dieser ersten Nachkriegszeit gelegt worden sein: Die Löhne kompensierten offenbar in dieser Zeit die Inflation besser als etwa die Bezüge im öffentlichen Dienst oder die Gehälter der Angestellten. Im Rahmen der Industriekonferenz Ende 1919 wurde die Möglichkeit von Indexlöhnen eröffnet, von welcher immer mehr Gewerkschaften Gebrauch machten (Bachinger, 2001, S. 28).

Dagegen blieben die Ambitionen zur Verstaatlichung ohne Erfolg, erste Ansätze versandeten schon nach kurzer Zeit (Sandgruber, 1995, S. 350).

3. Galoppierende Inflation und "Genfer Sanierung"

1920 begann sich die österreichische Wirtschaft allmählich zu beleben, doch geriet in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 die Inflation, die bis dahin etwa das Ausmaß der Kriegszeit gehabt hatte, außer Kontrolle und erreichte gegen Jahresende monatliche Werte von etwa 60%. Im August 1922 stiegen die Verbraucherpreise gegenüber dem Vormonat um 124%. Die Befürchtung, Österreich werde einem wirtschaftlichen Chaos mit unabsehbaren politischen Folgen auch für Mitteleuropa zustreben, bewog schließlich den Völkerbund, Maßnahmen einzuleiten, welche unter der Bezeichnung "Genfer Sanierung" bekannt geworden sind.

Sie beruhten auf den im Oktober 1922 unterzeichneten drei "Genfer Protokollen". Das erste wiederholte die Verpflichtung Österreichs zur Unabhängigkeit. Das zweite sah die Gewährung jener internationalen Anleihe vor, die immer wieder gefordert, jedoch bis dahin nicht aufgebracht worden war. Ihre Garantie übernahmen das Vereinigte Königreich, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei. Österreich musste dafür die Erlöse der Zölle und des Tabakmonopols verpfänden. Allein der bevorstehende Abschluss dieses Abkommens brachte den Verfall des Innen- und Außenwertes der österreichischen Währung zum Stehen, weil damit die Änderung des Regimes absehbar war (Sargent, 1982). Das dritte Protokoll machte die Freigabe der Anleihebeträge von der Durchführung des Sanierungsprogrammes abhängig. Tatsächlich ließen sich die Ziele dieses wirtschaftspolitischen Maßnahmenpaketes verblüffend rasch verwirklichen. Das Haushaltsdefizit wurde im Rechnungsabschluss bereits 1924 auf 1% der Ausgaben gesenkt und drehte sich 1925 sogar in einen Überschuss. Auch der Preisauftrieb konnte beendet werden.

1925 löste der Schilling die Krone als offizielles österreichisches Zahlungsmittel ab.

Im Zuge der Realisierung des Sanierungsprogrammes wurde schließlich mit 1. Jänner 1923 die Oesterreichische Nationalbank gegründet, welche nunmehr die österreichische Abteilung der Österreichisch-Ungarischen Bank ablöste. Sie übernahm im Wesentlichen die Aktiva und Passiva der Letzteren. Nach gelungener Währungsstabilisierung ging die österreichische Bundesregierung daran, die entwertete Währung durch eine neue zu ersetzen. Mit Dezember 1924 wurde die Einführung des Schillings im Wert von 1 : 10.000 beschlossen und per 1. März 1925 realisiert.

4. Die Weltwirtschaftskrise

Ab Mitte der 1920er-Jahre zeichnete sich eine gewisse Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft ab, dennoch blieb die Arbeitslosigkeit vergleichsweise hoch: Die Arbeitslosenquote erreichte 1929 12%. Im selben Jahr brach die Weltwirtschaftskrise aus. Ihre Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft wurden durch den Zusammenbruch der Creditanstalt (CA) verschärft. Darin spiegelten sich abermals die Folgen des Zerfalls der Monarchie. Die österreichischen Banken versuchten nämlich, ihre Position in den Nachfolgestaaten zu halten, wiewohl ihnen dafür die finanziellen Voraussetzungen nunmehr fehlten. Zwar bemühten sie sich, eine Vermittlerposition zu Westeuropa aufzubauen, die jedoch nicht ausreichte, um ihre Lage zu stabilisieren.

Die Regierung versuchte diese Problematik durch Bankenfusionen zu entschärfen, zuletzt durch die Übernahme der Bodenkreditanstalt durch die CA. 1931 stand jedoch diese selbst am Rande der Insolvenz. Ihr Zusammenbruch konnte nur durch Zusammenwirken des Bundes, der Nationalbank und des Hauses Rothschild vermieden werden. Die Nachricht von der drohenden Insolvenz dieses renommierten Geldinstitutes löste Panikreaktionen auf den europäischen Finanzmärkten aus – in Deutschland mussten Bankfeiertage ausgerufen werden.

Aber auch die darauf folgende Erholungsperiode brachte nur ein mäßiges Wachstum; die Arbeitslosigkeit erfasste nahezu ein Viertel der Unselbständigen. Die Kapazitäten der Industrie blieben unterausgelastet (Senft, 2002, S. 499). 1937 unterschritt das durchschnittliche Volkseinkommen das Niveau von 1913 – Österreich war zum ärmsten Industrieland Westeuropas geworden.

Nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland im Jahre 1938 bewirkte nicht nur die rüstungsbedingte Nachfrage aus Deutschland, sondern auch die massive Ausgabensteigerung der öffentlichen Hand ein explosives Wirtschaftswachstum. Dieser kurze Boom mit dem Verschwinden der Arbeitslosigkeit mündete in der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

1937 war Österreich das ärmste Industrieland Westeuropas.

5. Grundlegend veränderte Rahmenbedingungen nach 1945

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand die österreichische Wirtschaft ganz anderen Herausforderungen gegenüber als nach dem Ersten Weltkrieg 1918: Das Land war militärisch besetzt und in seiner Souveränität eingeschränkt. Beschlüsse von Regierung und Parlament waren der Kontrolle des Alliierten Rates unterworfen. 1 Mio. alliierter Soldaten nahmen Wohnraum und Infrastruktur in Anspruch, was umso schmerzlicher empfunden wurde, da von insgesamt 1,9 Mio. Wohnungen 76.000 ganz und 101.000 teilweise zerstört waren (Rothschild, 1961, S. 104). Dem devastierten Land wurden überdies zunächst enorme Besatzungskosten auferlegt. Sie werden für 1946 auf ein Sechstel und für 1947 auf 6% des Bruttoinlandsproduktes geschätzt (Seidel, 2005, S. 130). Die Einwände der Regierung, man könne einem befreiten Staat nicht die Kosten einer extrem starken Besatzung auferlegen, wurden zunächst ignoriert. Die einzelnen Besatzungszonen blieben vorerst hermetisch voneinander abgeschlossen. Der Verkehr von Personen und Gütern zwischen ihnen kam kaum zustande und wenn, dann im Wege von Austauschgeschäften wie mit dem Ausland.

Die materiellen Bedingungen des Wiederaufbaues schienen noch viel schlechter zu sein als 1918. Der Krieg hatte in der österreichischen Wirtschaft schwerste Zerstörungen hinterlassen. Die meisten Produktionsanlagen waren durch Luftangriffe und Bodenkämpfe vernichtet oder beschädigt worden, ebenso Brücken und große Teile des Schienen- und Straßennetzes. Kraffahrzeuge und Eisenbahnzüge waren zum erheblichen Teil verloren gegangen. Die Bevölkerung, insbesondere in Ostösterreich, hungerte.

Die Vertreibung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung nahm Österreich massiv hochqualifizierte Arbeitskräfte; dazu kamen Abwanderungen nach Deutschland, sodass Österreich 1939 einen Wanderungsverlust von 129.000 Personen verzeichnete. Überdies befand sich noch ein großer Teil der rund 1 Mio. Kriegsteilnehmer in Kriegsgefangenschaft. Diesem Aderlass stand nur eine Zuwanderung der aus ihren Heimatländern ausgewiesenen "Volksdeutschen" gegenüber. Das Angebot an unselbständigen Arbeitskräften wird für 1945 auf 1,5 Mio. geschätzt, gegenüber 2 Mio. im Jahr 1937 (Butschek, 1978, S. 122). Besonders Arbeiterinnen und Arbeiter wurden gebraucht, während Angestelltenqualifikationen ausreichend vorhanden waren. So konnten gleichzeitig Arbeitskräfteknappheit und Arbeitslosigkeit entstehen (WIFO, 1947).

Das Arbeitskräfteangebot war 1945 mit 1,5 Mio. Personen um ein Viertel geringer als vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Erschwerend wirkte die spezifische Politik der sowjetischen Besatzungsmacht: Als "befreites" Land hätte Österreich keine Reparationen zu zahlen gehabt. Die UdSSR betrachtete Österreich jedoch in diesem Zusammenhang als "erobertes" Gebiet, in welchem Beute gemacht werden konnte. In der sowjetischen Besatzungszone wur-

den daher Vorräte und Anlagegüter in großem Stil requiriert und demontiert. Der Wert dieser verlorenen Güter wird (zu Preisen von 1945) auf 1,5 Mio. Reichsmark geschätzt (Seidel, 2005, S. 395).

Dazu kam die Problematik des "deutschen Eigentums": Auf der Potsdamer Konferenz war 1945 den Siegermächten die Nutzung des "deutschen Eigentums" im Ausland zugesprochen worden. Davon war in Österreich eine Vielzahl von Unternehmen betroffen. So unterstellte die UdSSR 1946 in ihrer Besatzungszone sämtliche Unternehmen deutschen Eigentums in Industrie, Verkehr und Landwirtschaft ihrer Verwaltung. Dazu gehörten so wichtige Betriebe wie die Mineralölförderung und -verteilung sowie die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, aber etwa auch die Esterházy'schen Güter. Die österreichische Bundesregierung versuchte, diese Bestimmung der Potsdamer Konferenz zu unterlaufen, indem sie mit dem ersten Verstaatlichungsgesetz vom 26. Juli 1946 einen Großteil der betroffenen Unternehmen verstaatlichte. Die Verstaatlichung wurde von der UdSSR aber nicht anerkannt.

Österreichs Produktionskapazitäten entsprachen trotz der Zerstörungen und Demontagen in der sowjetischen Besatzungszone infolge der umfangreichen Investitionen während des Krieges im Großen und Ganzen jenen des Jahres 1937. Sie konnten ausgeschöpft werden, sobald ausreichend Energie und Rohstoffe zur Verfügung standen. Wegen des Mangels an Energie und Rohstoffen produzierte die Industrie im August 1946 nur halb so viel, wie die Produktionskapazitäten erlaubt hätten (Butschek, 1985, S. 69). Die materiellen Schäden an den Produktionsanlagen konnten relativ rasch beseitigt werden, weil Arbeitskräfte mit den benötigten technischen Qualifikationen zur Verfügung standen. Dazu gesellten sich überdies positive Faktoren, vor allem die Auslandshilfe ermöglichte Österreich die rasche Verbesserung der Wirtschaftslage. Im Gegensatz zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als die Siegermächte dessen ökonomische Folgen nicht abzuschätzen vermochten (Keynes, 1920), hatten die USA und das Vereinigte Königreich ein sehr klares Nachkriegskonzept ausgearbeitet. Dieses führte nicht nur zur Gründung der Vereinten Nationen, sondern auch zur Schaffung eines Systems internationaler Wirtschaftsbeziehungen, welches unter dem Namen "Bretton Woods" bekannt wurde. Dieses umfassende, über das zitierte eigentliche Abkommen weit hinausgehende System betraf große Bereiche wie die Geld- und Währungspolitik, die Außenhandels- sowie die Konjunktur- und Beschäftigungspolitik.

Um den vom Krieg gezeichneten Volkswirtschaften eine Teilnahme an dieser neuen Ordnung zu ermöglichen, musste zuerst deren ökonomische Lage verbessert werden. Dieses Ziel sollte auf zweierlei Weise erreicht werden: Zunächst wurde eine Organisation der Vereinten Nationen geschaffen, die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration), deren Aufgabe es war, durch unentgeltliche Lieferungen von Lebensmitteln und Saatgut die unmittelbare Not der Nachkriegszeit zu mildern und auf diese Weise den Ländern von der Leistungsbilanz her Spielraum zum Wiederaufbau zu schaffen. Der zweite – traditionelle – Weg bestand im Einräumen recht umfangreicher Kredite: Bis Mitte 1947 gewährten die USA den europäischen Ländern Kredite von insgesamt 10 Mio. \$ (Tumlrir – La Haye, 1981, S. 369). Diese Bemühungen erreichten ihren Höhepunkt schließlich 1947 mit dem "Marshallplan" (European Recovery Program – ERP), mit dem die USA den Wiederaufbau in Europa massiv unterstützten. In diesem Rahmen wurden Westeuropa 13 Mrd. \$ zur Verfügung gestellt.

Im Juli 1947 traten in Paris Experten der westlichen Industrieländer zusammen, um den voraussichtlichen Bedarf an Hilfe aus den USA bis 1952 zu errechnen und die Grundlinien der Zusammenarbeit im Rahmen einer internationalen Wirtschaftsorganisation festzulegen. Als Instrument zur Verwirklichung dieser Ziele wurde in der Folge dieser ersten Konferenz die OEEC (Organisation for European Economic Cooperation) gegründet. Daneben schlossen die USA mit jedem einzelnen Teilnehmerstaat des Marshallplans einen individuellen Vertrag ab, in welchem die Zusammenarbeit mit der OEEC und den USA, eine Wirtschaftspolitik in Richtung der angestrebten internationalen Wirtschaftsordnung sowie Verwaltung und Verwendung der Marshallplanhilfe geregelt wurden.

Besonders zwei Aspekte charakterisierten den Marshallplan: Zunächst wurde der weitaus überwiegende Teil der Hilfe den betroffenen Ländern als Geschenk zur Verfügung gestellt. Weiters zahlten die Käufer von Gütern aus dem Dollarraum deren Preis in der Landeswährung in einen "Counterpart-Fonds" an der jeweiligen Notenbank ein, der die ihm auf diese Weise zugeflossenen Mittel als niedrig verzinsten langfristige Kredite im Zusammenwirken mit der ERP-Verwaltung durch die USA Investoren zur Verfügung stellte.

Die Marshallplanhilfe erwies sich als von entscheidender Bedeutung für den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft. Sie erreichte hier nach Norwegen den zweithöchsten Pro-Kopf-Wert aller in das Programm eingeschlossenen europäischen Länder und überstieg in einigen Jahren 10% des Bruttoinlandsproduktes (Seidel, 2005, S. 286).

Übersicht 1: Auslandshilfe an Österreich

	1945/46	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955 Jänner bis April	Insgesamt
	Mio. \$										
ERP, direkte Hilfe			94,3	194,2	119,5	127,6	91,4	38,5	19,8	1,5	686,8
ERP, indirekte Hilfe			3,3	95,6	83,1	76,0	11,6				269,6
UNRRA	91,6	44,0									135,6
USA, War Department		38,0									38,0
Kongress- und Interimshilfe der USA		54,6	101,5								156,1
Kanada-Hilfe			3,4								3,4
Beute- und Überschussgüter		30,7	56,2								86,9
Liebesgaben		29,9	19,6	9,3	4,1	2,4	2,4	1,8			69,5
Sonstige Hilfslieferungen	24,8 ¹⁾	28,2	1,5	1,0	0,1						55,6
Insgesamt	200,0 ²⁾	225,4	279,8	300,1	206,8	206,0	105,4	40,3	19,8	1,5	1.585,1
In % der Gesamteinfuhr	88	68	57	50	43	31	16	7	3	.	.

Q: Nemschak (1955). – ¹⁾ Alliiertenhilfe. – ²⁾ Schätzung.

Durch diese Hilfsprogramme konnten zwei der schwierigsten Wirtschaftsprobleme Österreichs gelöst werden: Einerseits wurde eine Passivierung der Leistungsbilanz vermieden, weil in diesen Jahren mehr als die Hälfte der österreichischen Importe aus ERP-Mitteln bezahlt wurden, andererseits war es in einem verarmten Land mit niedriger Sparquote möglich, reichlich Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen. Damit konnten jene Hindernisse beseitigt werden, welche nach 1918 die Erholung der Wirtschaft gefährdet hatten.

6. Das "Wirtschaftswunder" Österreich

Anders als nach dem Ersten Weltkrieg verlief der Wiederaufbau nach 1945 trotz einer schlechteren ökonomischen Ausgangslage erstaunlich rasch. Dank der umfangreichen Hilfe aus dem Ausland konnte der Kapitalstock ohne Zahlungsbilanzbeschränkungen rasch aufgebaut und ausgeweitet werden. Die politische Lage stabilisierte sich zunehmend, und mit dem Abschluss des Staatsvertrages im Mai 1955 war auch die politische Unabhängigkeit Österreichs wieder hergestellt.

Die heimische Wirtschaft hatte zu diesem Zeitpunkt ihre Stabilisierungskrise endgültig hinter sich gelassen und trat in eine Phase lebhaften Wachstums ein. Mit einer Steigerung des BIP 1953/1962 um über 6% p. a. war Österreich unter den europäischen OECD-Ländern nach Deutschland die am stärksten wachsende Volkswirtschaft²⁾ (Übersicht 2). Die Arbeitslosenquote verringerte sich in diesem Zeitraum von 8,7% auf 2,7%, und auch die Inflationsrate, die in der Nachkriegszeit Jahresdurchschnittswerte von über 30% aufgewiesen hatte, schien unter Kontrolle und lag in diesem Jahrzehnt

²⁾ Pro Kopf lag das Wachstum in Österreich über dem in Deutschland (Butschek, 2011).

durchschnittlich bei rund 2,5%. Hier spielte die aktive Rolle der Sozialpartner bei der Preisregelung eine wesentliche Rolle.

Übersicht 2: Wirtschaftswachstum in Europa zwischen 1953 und 1962

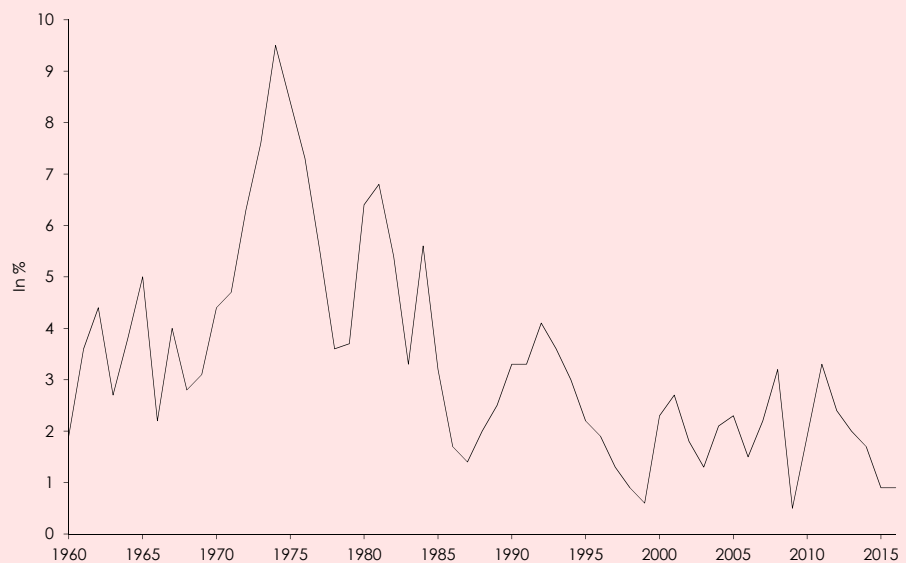
Bruttoinlandsprodukt, zu konstanten Preisen

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

Belgien	+ 3,6
Dänemark	+ 4,1
Deutschland	+ 6,6
Irland	+ 2,0
Griechenland	+ 5,7
Spanien ¹⁾	+ 5,3
Frankreich	+ 5,1
Italien	+ 5,8
Luxemburg	+ 3,1
Niederlande	+ 4,5
Österreich	+ 6,1
Portugal	+ 4,7
Finnland	+ 5,3
Schweden	+ 4,0
Vereinigtes Königreich	+ 2,6
Türkei	+ 4,0
Island	+ 4,5
Norwegen	+ 3,5
Schweiz	+ 5,2

Q: Butschek (2011). – ¹⁾ 1954/1962.

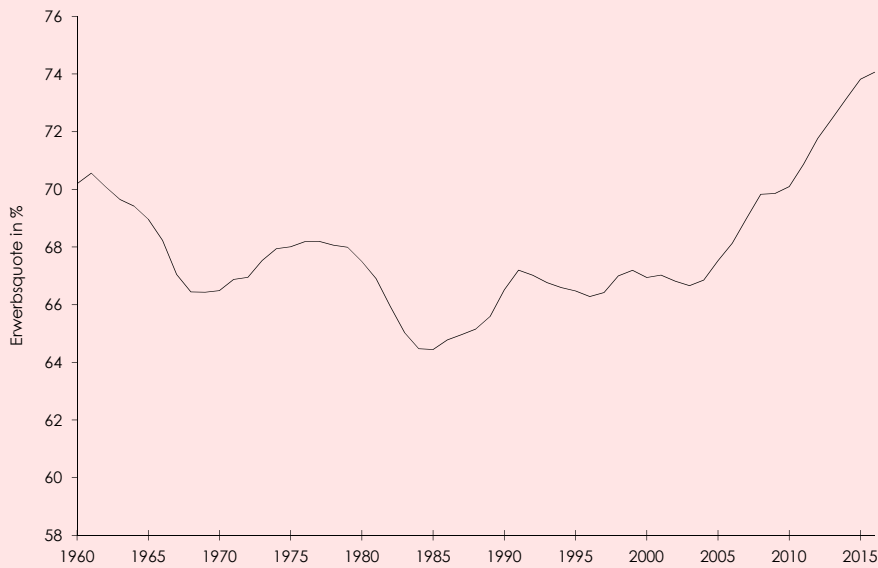
Abbildung 3: Inflationsrate



Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

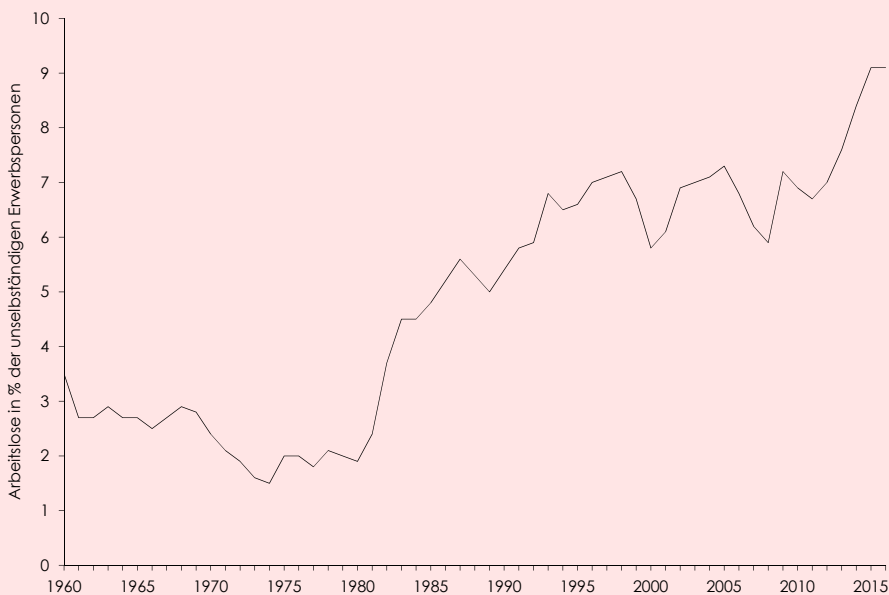
Der bereits durch das Bretton-Woods-Abkommen zur Gründung des IWF eingeschlagene Weg der verstärkten Integration der neuen Länder in die Weltwirtschaft wurde auch von Österreich erfolgreich beschritten. Als wichtiger Teil dieser Strategie erwies sich die Liberalisierung des Außenhandels. Österreich beteiligte sich 1960 mit Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz und dem Vereinigten Königreich an der Gründung der EFTA (European Free Trade Association). Dieser Freihandelszone gehörte Österreich bis zu seinem EU-Beitritt im Jahr 1995 an.

Abbildung 4: Erwerbsquote



Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Aktiv Erwerbstätige und Arbeitslose in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren.

Abbildung 5: Arbeitslosenquote



Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die Gründe dieser raschen Expansion sind vielfältig und nicht isoliert zu betrachten. Zum einen dürften Aufholeffekte im Zusammenhang mit der Öffnung der Wirtschaft eine große Rolle gespielt haben (Abramovitz, 1986). Dank der ERP-Mittel hatte Österreich Zugang zu Investitionsgütern und Technologie der fortgeschrittenen Industrieländer, etwa der USA. Zum anderen wanderten massiv Arbeitskräfte aus dem Agrarsektor in die Bauwirtschaft, den Verkehrssektor und die Industrie ab. Kindleberger (1967) sah in diesem elastischen Arbeitskräfteangebot die wesentliche Ursache des exponentiellen Wachstums in dieser Periode.

7. Sozialpartnerschaftliche Preisregelung

Eine gewisse Rolle kann laut *Henley – Tsakalotos* (1993) auch dem hohen wirtschaftspolitischen Zusammenhalt in Form der Sozialpartnerschaft zugeschrieben werden. Die Kapitalakkumulation wurde nicht nur durch die Auslandshilfe der USA, sondern auch durch die Lohnzurückhaltung begünstigt. Die Löhne stiegen in dieser Periode deutlich schwächer als das BIP. Statt die durch das rasante Wirtschaftswachstum entstandenen Gewinne vollständig auszuschütten, verpflichteten sich die Arbeitgeber im Rahmen der Sozialpartnerschaft zu umfangreichen Investitionen.

Die in der Nachkriegswirtschaft geschlossenen Preis-Lohn-Abkommen banden die Vertretungen der Arbeitnehmerschaft, der Bauern und der Arbeitgeberseite sowie die mit wirtschaftlichen Agenden befassten Ministerien in die Festsetzung der Löhne und der Preise vieler Produkte ein. Diese Abkommen wurden 1952 beendet. An ihre Stelle trat – aufgrund der anhaltenden Sorge über die raschen Preissteigerungen – 1957 die "Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen".

Im Rahmen dieser Einrichtung verpflichteten sich die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern gegenüber der Arbeiterkammer und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, auf ihre Mitglieder dahingehend einzuwirken, alle beabsichtigten Preiserhöhungen vor ihrer Realisierung im Wege der zuständigen Fachverbände der Paritätischen Kommission zur Prüfung vorzulegen (*Seidel*, 2005). Im Gegenzug verpflichtete sich die Arbeitnehmerseite, Lohnforderungen der Fachgewerkschaften ebenfalls dieser Kommission vorzulegen. Diese Kommission war rein informell und beruhte auf keiner gesetzlichen Grundlage. Als Sanktionsmechanismus diente das Preisregelungsgesetz, das es dem Handelsminister ermöglichte, auf Antrag der Kommission Höchstpreise festzusetzen.

Laut *Butschek* (2011) wurde der Sozialpartnerschaft jedoch bereits in dieser Ära mehr Bedeutung bei der Gestaltung der Löhne als der Preise beigemessen. Dabei wurde sowohl Bedacht auf die durch Lohnkostendruck bedingte Inflation genommen als auch gewisse einkommensverteilungspolitische Aspekte beachtet. So wurde danach getrachtet, die Lohnsteigerungen in den einzelnen Branchen an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung auszurichten. Der so in der Industrie nicht ausgeschöpfte lohnpolitische Spielraum wurde somit zugunsten des durch geringe Produktivitätssteigerungen gekennzeichneten Dienstleistungsbereiches verwendet.

In der Folge blieb zwar die gesamtwirtschaftliche reale Lohnsteigerung von 1953 bis 1962 hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, jedoch wurde das Wachstum zu einer regen Investitionstätigkeit wie auch zu einem raschen Ausbau des Sozialsystems genutzt. Diese Phase war von besonderem Vertrauen der Sozialpartner geprägt und stärkte deren Stellung in der heimischen Institutionenlandschaft nachhaltig.

Das kontinuierlich starke Wirtschaftswachstum wurde 1962 durch die erste Konjunkturabschwächung der Nachkriegszeit unterbrochen. Danach lebte die Wirtschaftsdynamik wieder auf, das BIP expandierte aber mit rund +5% p. a. nicht mehr ganz so schwungvoll wie zuvor. Die Dynamik ging von der heimischen Industrie aus, deren Anteil an der Wertschöpfung laufend zunahm. Österreich entwickelte sich zum erfolgreichen Industriestandort und schloss im Oktober 1972 ein Interimsabkommen mit der EWG ab, das eine deutliche Zollsenkung vorsah (*Breuss*, 1983).

8. Österreichische Hartwährungspolitik als "Wettbewerbspeitsche"

Die zunehmende Öffnung des Außenhandels ließ die Wechselkursentwicklung zu einem immer wichtigeren Faktor für die Wirtschaftsentwicklung in Österreich werden. Nach der Aufhebung der im Bretton-Woods-Abkommen festgelegten Gold-Konvertibilität des Dollars im Jahr 1971 traten international beträchtliche Wechselkurschwankungen auf. Die österreichische Wirtschaftspolitik versuchte dem durch Bindung des Außenwertes des Schillings an einen Währungskorb zu begegnen. Ab 1976 wurde nur mehr die DM als Anker verwendet. Dies hatte einerseits eine Ausweitung des Handels zwischen den beiden Ländern zur Folge, da das Wechselkursrisiko ver-

ringert wurde, und andererseits musste Österreich mit der deutschen Lohnstückkostenentwicklung mithalten. Die Sozialpartnerschaft ermöglichte es in dieser Situation, Lohnforderungen im Einklang mit dem Produktivitätsfortschritt an Deutschland zu orientieren.

Ende 1973 drosselten die OPEC-Länder ihre Erdöllieferung als Reaktion auf die Intervention der USA im Jom-Kippur-Krieg drastisch. In der Folge stieg der Rohölpreis massiv. Dieser Kostenschub verbunden mit einem deutlichen Kaufkraftverlust hatte in Österreich einen Wachstumseinbruch zur Folge. Im Jahr 1975 (-0,4%) schrumpfte das BIP erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg. In der Folge stieg auch erstmals in der Zweiten Republik die Arbeitslosenquote, nachdem sie 1974 auf den Tiefstwert von 1,5% gesunken war. Allerdings war die Arbeitslosenquote im europäischen Vergleich weiterhin niedrig. Die Inflation zog deutlich an und erreichte 1974 9,5%, wobei Monatswerte von über 10% zu beobachten waren.

Die Kombination einer Rezession gepaart mit einem deutlichen Anstieg der Inflation stellte die keynesianisch orientierte österreichische Wirtschaftspolitik vor eine neue Herausforderung. Fiskalpolitische nachfrageorientierte Stabilisierungsmaßnahmen als Reaktion auf diesen Angebotsschock wurden durch eine beträchtliche Ausweitung der öffentlichen Schuldenaufnahme erkaufte. Nach einer Phase kräftigen Wachstums in den Folgejahren trat die Wirtschaft erneut in die Rezession ein, als aufgrund des Kriegsausbruches zwischen dem Iran und dem Irak im Jahr 1980 die Rohölpreise anzogen. Die Inflationsrate, die sich bis 1979 auf einen Jahreswert von 3,7% zurückgebildet hatte, schnellte auf über 6%empor.

Nach Überwindung des zweiten Erdölpreisschocks folgte eine schwierige Phase. Die Periode der Vollbeschäftigung war vorüber, die Arbeitslosigkeit erhöhte sich bis Ende der 1990er-Jahre schrittweise. In diesem Zeitraum waren kurze, mäßig intensive Aufschwungphasen zu beobachten, die in der Literatur auch als "Wellblechkonjunktur" bezeichnet werden (Butschek, 2011). Zudem machten sich in der verstaatlichten Industrie Strukturprobleme bemerkbar. Die Produkte der betroffenen Unternehmen fanden auf den internationalen Märkten immer weniger Absatz und büßten laufend Marktanteile ein. Die Beschäftigung der Stahlindustrie musste abgebaut werden. Die verstaatlichten Unternehmen wurden in einem langwierigen Prozess schrittweise privatisiert.

9. Außenwirtschaftliche Integration als neue Triebfeder

Im Jahr 1989 fiel der Eisernen Vorhang, in Deutschland setzte die Epoche der Wiedervereinigung ein. Die Konvertierung der ostdeutschen Mark im Verhältnis 1 : 1 zur DM brachte der Bevölkerung in Ostdeutschland zwar einen beträchtlichen Kaufkraftanstieg, belastete aber die ohnehin strukturell veraltete Industrie zusätzlich. Allerdings setzte bald ein Investitionsboom zur Modernisierung von Gebäuden und Produktionsanlagen ein, der die Wirtschaftsleistung im wiedervereinigten Deutschland beflügelte.

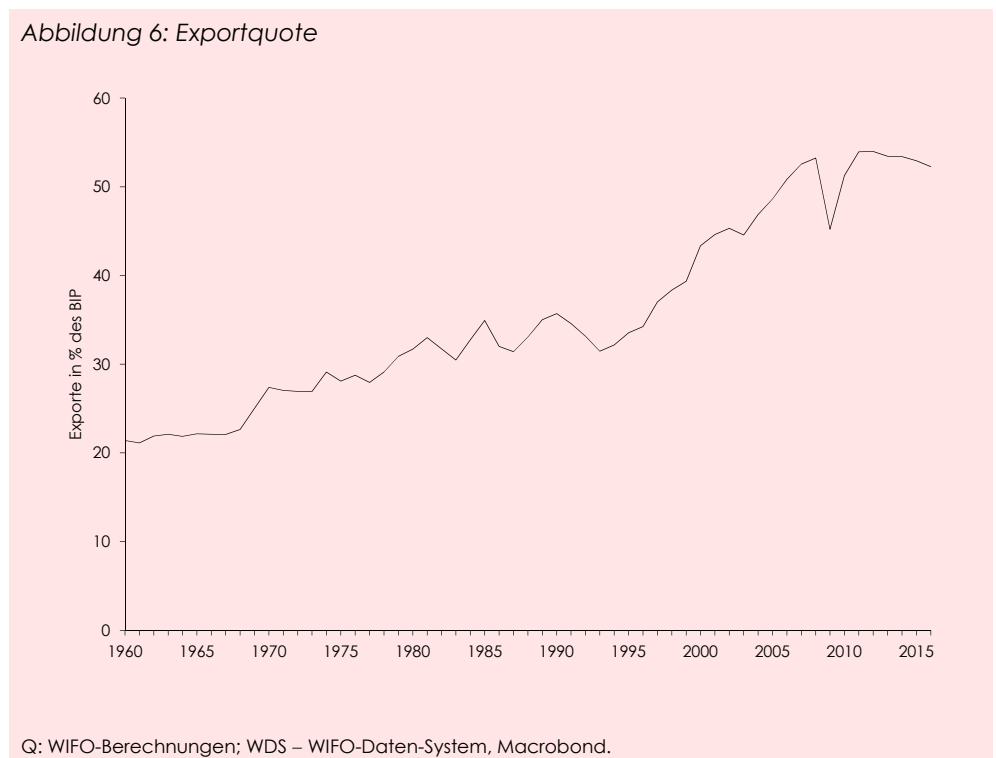
Auch die österreichische Wirtschaft profitierte in erheblichem Ausmaß vom Fall des Eisernen Vorhangs. Dank der historisch guten Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Ländern wurde Österreich zu einem Brückenkopf zur Erschließung der neuen Märkte nicht nur für die heimische Wirtschaft, sondern auch für international agierende Konzerne.

Diese neue Entwicklung löste einen robusten Konjunkturaufschwung aus, die Wirtschaft wuchs drei Jahre in Folge um deutlich über 3%. Das Wachstum reichte allerdings nicht aus, um die Arbeitslosenquote wieder zurückzudrängen, sondern lediglich ihre Ausweitung zu dämpfen. Der Aufschwung ging 1992 zu Ende, 1993 expandierte die Wirtschaftsleistung nur wenig.

Den nächsten deutlichen Integrationsschub brachte Österreichs Beitritt zur EU im Jahr 1995, dem 1994 eine Volksabstimmung vorangegangen war. Bereits in den Jahren zuvor hatten Assoziierungsabkommen den freien Waren- und Kapitalverkehr hergestellt. Neu waren der zu verwirklichende Binnenmarkt und die Freizügigkeit der

Arbeitskräfte. Die Öffnung der heimischen Wirtschaft gemessen am Anteil des Exports am BIP nahm in dieser Zeit beschleunigt zu.

Abbildung 6: Exportquote



Die österreichischen Unternehmen nutzten die Gelegenheit auch für umfangreiche Direktinvestitionen im Binnenmarkt. Vor allem Einzelhandelsunternehmen und Banken traten aktiv auf internationalen Märkten auf.

In den ersten Jahren nach dem EU-Beitritt bis 1999 wuchs die österreichische Wirtschaft real um jeweils gut 2%; in den drei folgenden Jahren beschleunigte sich die Expansion weiter auf über 3% p. a. 1999 führte Österreich gemeinsam mit 10 anderen EU-Ländern den Euro als Zahlungsmittel ein. Bis dahin folgte die heimische Geldpolitik der Deutschlands, um die Wechselkursrelation zwischen Schilling und DM konstant zu halten. Durch die Teilnahme an der Währungsunion erlangte Österreich in Form einer Stimme im EZB-Rat erstmals wieder ein Mitspracherecht bei währungspolitischen Entscheidungen. Breuss (2013) weist mit ökonometrischen Modellschätzungen eindeutig positive Effekte der einzelnen Stufen der Integration Österreichs in den europäischen Binnenmarkt nach.

1999 befand sich die Konjunktur nahe ihrem Höhepunkt. Vor allem in den USA zeigten sich in dieser Hochkonjunkturphase Spannungen in Form überhitzter Aktienmärkte, die Erwartungen in die moderne Informations- und Telekommunikationstechnologie waren zu euphorisch. Von der Wirtschaftspolitik (Bernanke, 2004) und dem technologischen Fortschritt (Ćorić, 2011) erwartete man eine Dämpfung von Konjunkturschwankungen, die zur Stabilität der Gesamtwirtschaft beitragen sollte.

Mit dem Platzen der "dot.com-Blase" 2000 setzte auch in Europa ein Konjunkturabschwung ein. Eine tiefere Rezession blieb aber aus, die Wirtschaft gewann bald wieder an Dynamik, und 2004 kam ein kräftiger Aufschwung in Gang. Die erneute Euphorie schlug sich in vielen Ländern in einer Überbewertung von Immobilien nieder, und die Verschuldung der privaten Haushalte wie auch einzelner Staatshaushalte nahm beträchtlich zu. Das Platzen der Spekulationsblasen auf den Immobilienmärkten löste schließlich 2008 eine Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus. Die Wirtschaft stürzte weltweit in eine tiefe Rezession.

In den USA verringerte sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 um 2,8%, im Euro-Raum (19 Länder) um 4,5%, wobei der Rückgang in Deutschland mit 5,6% besonders heftig ausfiel. In Österreich schrumpfte das BIP um 3,8%. Sowohl die Geld- als auch die Finanzpolitik steuerten in einer weltweit konzertierten Aktion massiv gegen die

Krise. In vielen Ländern entfaltete dies bald seine Wirkung, und bereits 2010 war wieder ein Anstieg des BIP in den USA (+2,5%), im Euro-Raum (+2,1%), in Deutschland (+4,1%) und Österreich (+1,8%) zu beobachten. In einigen Ländern an der Peripherie des Euro-Raumes kam keine nachhaltige Erholung in Gang (Spanien, Portugal, Italien) oder die gesamtwirtschaftliche Produktion schrumpfte weiter (Griechenland).

Angesichts der aufkeimenden Erholung im Euro-Raum straffte die Geldpolitik ihre Ausrichtung wieder, und die EU forderte die Mitgliedsländer zur verstärkten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf, um die im Zuge der Rezession beträchtliche erhöhte Staatsschuld wieder zu verringern. Die Überwindung von im Umfeld von Finanzmarktkrisen entstandenen Rezessionen dauert im historischen Rückblick (Reinhart – Rogoff, 2009) jedoch besonders lang. Die wirtschaftspolitisch initiierte Kontraktion kam zu früh, und die Konjunktur glitt in der EU erneut in eine Rezession ab. Das BIP sank im Euro-Raum 2012 real um 0,9% und 2013 abermals um 0,2%. In Österreich wuchs die Wirtschaftsleistung hingegen in beiden Jahren geringfügig.

Nach 2013 setzt in der EU eine Erholung der Wirtschaft ein, die in vielen Mitgliedsländern hauptsächlich von der Inlandsnachfrage ausging. Die exportorientierte österreichische Wirtschaft konnte somit nicht im üblichen Ausmaß daran teilhaben und geriet in Wachstumsrückstand (Scheiblecker, 2015). 2015 kam auch in Österreich wieder ein verstärkter Konjunkturaufschwung in Gang, und im Jahr 2017 stieg das BIP nach ersten Berechnungen real um 3%. Damit wuchs die Wirtschaft in Österreich wieder stärker als im Durchschnitt des Euro-Raumes und in Deutschland (jeweils +2,3%).

10. Literaturhinweise

- Abramovitz, M., "Catching up, Forging Ahead, and Falling Behind", *The Journal of Economic History*, 1986, 46(2), S. 385-406.
- Bachinger, K., "Eine stabile Währung in instabiler Zeit. Der Schilling in der 1. Republik", in Bachinger, K., Butschek, F., Matis, H., Stiefel, D. (Hrsg.), *Abschied vom Schilling*. Styria, Graz–Wien–Köln, 2001, S. 11-134.
- Bernanke, B. S., *The Great Moderation. Remarks at the meetings of the Eastern Economic Association*, Washington D.C., 2004.
- Borchardt, K., "Die Erfahrung mit Inflationen in Deutschland", in Schlemmer, J. (Hrsg.), *Enteignung durch Inflation? Fragen der Geldwertstabilität*, München, 1972, S. 17-22.
- Breuss, F., *Österreichs Außenwirtschaft 1945-1982*, Signum, Wien, 1983.
- Breuss, F., "Effects of Austria's EU Membership", *Austrian Economic Quarterly*, 2013, 18(2), S. 103-114, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/46896>.
- Butschek, F., *Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945*, Gustav Fischer, Wien–Stuttgart, 1978.
- Butschek, F., *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, Gustav Fischer, Wien–Stuttgart, 1985.
- Butschek, F., *Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Böhlau, Wien–Köln–Weimar, 2011.
- Čorić, B., "The Sources of the Great Moderation: A Survey", in *Challenges of Europe: Growth and Competitiveness – Reversing Trends*, 9. Internationale Konferenz der Universität Split, 2011, S. 185-205.
- Hautmann, H., "Die Arbeiter- und Soldatenräte", in Tálos, E. (Hrsg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933*, Wien, 1995.
- Henley, A., Tsakalotos, E., *Corporatism and Economic Performance. A Comparative Analysis of Market Economies*, Aldershot, 1993.
- Hertz, F., *Ist Österreich wirtschaftlich lebensfähig?*, Verband österreichischer Banken und Bankiers, Wien, 1921.
- Hertz, F., *The Economic Problems of the Danubian States: A Study in Economic Nationalism*, London, 1947.
- Keynes, J. M., *The Economic Consequences of the Peace*, London, 1920.
- Kindleberger, Ch. P., *Europe's Postwar Growth. The Role of Labor Supply*, Harvard University Press, Cambridge, 1967.
- Layton, W. T., Rist, Ch., *The Economic Situation of Austria*, Bericht an den Völkerbund, Genf, 1925.
- März, E., *Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913-1923*, Wien, 1981.
- Meihsl, P., "Die Landwirtschaft im Wandel der politischen und ökonomischen Faktoren", in Weber, W. (Hrsg.), *Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen*, 2. Band, Berlin, 1961, S. 551-837.
- Nautz, J., "Die Entwicklung der Handelsbeziehungen Österreichs mit den anderen Nachfolgestaaten nach dem Ersten Weltkrieg", *Wirtschaft und Gesellschaft*, 1992, 18(4), S. 539-559.
- Nemschak, F., *Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955*, Wien, 1955.
- Rašin, A., *Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei*, München–Leipzig, 1923.

- Reinhart, C. M., Rogoff, K. S., *This Time is Different: Eight Centuries of Financial Folly*, Princeton University Press, 2009.
- Rothschild, K. W., "Wurzeln und Triebkräfte der österreichischen Wirtschaftsstruktur", in Weber, W. (Hrsg.), *Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen*, 1. Band, Berlin, 1961, S. 1-157.
- Sandgruber, R., *Österreichische Geschichte. Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Wien, 1995.
- Sargent, T. J., "The Ends of Four Big Inflations", in Hall, R. E. (Hrsg.), *Inflation*, Chicago, 1982, S. 41-97.
- Scheiblecker, M., "Österreichs Wirtschaft im Rückstand?", *WIFO-Monatsberichte*, 2015, 88(6), S. 497-510, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58214>.
- Seidel, H., *Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, Manz, Wien, 2005.
- Senft, G., *Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934-1938*, Wien, 2002.
- Stolper, G., *Deutschösterreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem*, München, 1920.
- Tálos, E., "Sozialpolitik in der Ersten Republik", in Tálos, E. (Hrsg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933*, Wien, 1995, S. 570-586.
- Tumlir, J., La Haye, L., "The Two Attempts at European Economic Reconstruction After 1945", *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 1981, (3), S. 367-389.
- Walr  de Bordes, J., *The Austrian Crown*, London, 1924.
- Weber, F., "Die Grundlagen des Außenhandels zwischen Österreich und den Nachfolgestaaten. Zu den Desintegrationserscheinungen im Donauraum 1918-1938", in Pickl, O., Metlar, R. (Hrsg.), *Zerfall und Integration*, Wien, 1995, S. 54-68.
- WIFO, "Gesamtschau der  sterreichischen Wirtschaft im Jahre 1946", *WIFO-Monatsberichte*, 1947, 20(1-3), S. 1-40, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/3463>.